

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 16 / BS 10 / 92
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2016

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsident: Dransfeld Peter, Ermatingen
Mitglieder: Hartmann Brigitta, Weinfeld
Leuthold Stefan, Frauenfeld
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2016 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2016

Allgemeines zum Departement

Die Subkommission erhielt einerseits durch fünf Ämterbesuche im Februar 2017 und andererseits durch ein ausführliches Gespräch mit der Departementschefin am 4. Mai 2017 aufschlussreiche Einblicke und Antworten auf zahlreiche gestellte Fragen. Die Gespräche waren von Offenheit und dem Bemühen geprägt, den Dingen auf den Grund zu gehen. Die Subkommission hat den Eindruck einer ernsthaften, gewissenhaften und professionellen Arbeit im gesamten Departement gewonnen, sowohl in Bezug auf Sachfragen, als auch in Bezug auf Prozesse. Dieser positive Gesamteindruck versteht sich, selbstverständlich, vor dem Hintergrund einzelner Unstimmigkeiten, die durch gezielte Fragen der Subkommission zutage traten, die aber in keinem Fall grundlegende oder ernsthafte Bedenken zur Folge hatten.

Die zunehmende Verdichtung unserer Siedlungen dürfte zu den wesentlichen Herausforderungen des Departements und seiner Ämter zählen. Der erklärte Wunsch nach Schutz von Natur und Kulturgütern und der Ruf nach Grenzen des baulichen Wachstums kollidieren mit dem ebenso legitimen Anspruch nach individueller privater und geschäftlicher Entfaltung. Die politisch gewollte Entwicklung auf schlanke, faire und bürgerfreundliche Weise zu ordnen und zu lenken, ist und bleibt herausfordernd. Konkrete Fragen zum Richtplan, zur Rolle der Denkmalpflege, zu Umweltvorschriften oder allgemein zur Effizienz von Bewilligungsverfahren zeugen von dieser Herausforderung, die nicht zuletzt auch dem Anspruch nach effizientem Einsatz öffentlicher Mittel genügen muss.

Mit einem Aufwandüberschuss von 7.9 Mio. liegt das Jahresergebnis der Erfolgsrechnung nahe am Budget von 7.7 Mio., wobei der Aufwand sogar geringfügig unter Budget liegt. Gegenüber dem Vorjahr ist indessen ein spürbarer Anstieg sowohl des Aufwands (+ 10%) als auch des Aufwandüberschusses (+ 9%) festzustellen.

Deutlich unter Budget (-20%) fällt die Investitionsrechnung aus, die einen Aufwandüberschuss von 29.9 Mio. ausweist. Nachvollziehbare Gründe hierfür sind u.a. der Wegfall

2/5

der Expo 2027 sowie Verzögerungen beim Hochwasserschutzprojekt Bürglen-Weinfeld. Dass die Nettoinvestitionen in den letzten Jahren stark gesunken sind (etwa auf die Hälfte seit 2013) liegt an der Übertragung der Spitalbauten an die Thurmed-Gruppe.

Die Frage, ob angesichts abnehmender Investitionen und der Budgetunterschreitungen ein Investitionsstau droht, wird verneint. Gleichwohl räumt der Regierungsrat ein, dass uns eine gleichzeitige Realisierung von PH-Erweiterung, Ergänzungsbau Regierungsgebäude sowie Kunst- und Historischem Museum an unsere Grenzen führen würde.

Das DBU hatte 2016 gesamthaft 302 Angestellte, was einem Zuwachs von 14 Stellen oder 5% entspricht. Über vier Jahre betrachtet lag der Zuwachs bei 7%. Erfreulich ist ein deutlicher Rückgang der Fluktuation (3.4 %, Vorjahre 6.6. und 4.6 %). Die Personalkosten lagen im abgelaufenen Jahr 0.5 % unter Budget aber 3.7% über dem Vorjahr.

Im Gespräch mit der Finanzkontrolle, deren Arbeit gesamthaft seriös und professionell wirkt, kam die Frage auf, in welchem Mass es ihr möglich ist, operative Abläufe wie etwa Arbeitsvergaben wirksam zu prüfen. Diese Frage berührt auch die Schnittstelle zwischen Parlament/GFK und Finanzkontrolle. Eine nähere Prüfung, ob gesamthaft ein angemessenes Kontrollwesen sichergestellt ist, dürfte sich lohnen.

Ämterbesuche 2017

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Denkmalpflege
- Forstamt
- Tiefbauamt
- Amt für Raumentwicklung
- Hochbauamt

Die Subkommission dankt den Verantwortlichen in den den fünf besuchten Ämtern für einen anregenden und aufschlussreichen Einblick in ihre Arbeit, der gesamthaft einen engagierten, gewissenhaften und professionellen Eindruck hinterlassen hat.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6020 Generalsekretariat

Die im Jahr 2014 in Aussicht gestellte (damals durch Interpellation Gubser angestossene) Liste von Arbeitsvergaben ist seit wenigen Wochen öffentlich im Internet zugänglich. Das im Thurgau vergebene Volumen ist innert einem Jahr auffällig von 77% auf 68% gesunken, was angesichts der erst 2015 begonnenen Erfassung längerfristig zu beobachten bleibt. Zählt man die Nachbarkantone hinzu, dann wurden noch immer 93% des Auftragsvolumens in der weiteren Region vergeben, was mit Blick auf die Geographie unseres Kantons als guter Wert gelten dürfte. Teilweise massive Unterschiede im Vergabevolumen zwischen den Bezirken (pro Beschäftigten 3 mal weniger Auftragsvolumen im Bezirk Münchwilen als im Bezirk Frauenfeld!) dürften ebenfalls eine nähere Betrachtung verdienen. Gesamthaft ist die neue Publikation - auch mit Blick auf unbestrittene Unregelmässigkeiten in der Vergangenheit - ein wertvoller Beitrag zu mehr Transparenz im Vergabewesen.

Der auf S. 238 des Geschäftsberichts erkennbare Rückgang des Natur- und Heimatschutzfonds (NHG) ruft mittelfristig nach einer erneuten Öffnung. Zwar gibt es keinen Rechtsanspruch auf NHG-Beiträge, es scheint aber sinnvoll, diese im heutigen Umfang auch künftig sicherzustellen.

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Ein überarbeiteter Entwurf des kantonalen Richtplans soll Anfang Juli 2017 vom Regierungsrat beschlossen und nach den Sommerferien dem Grossen Rat zur Genehmigung überwiesen werden. Nach Einreichung des Agglomerationsprogramms Wil SG (der auch unseren Kanton tangiert) Ende des vergangenen Jahres folgt nun die Prüfung durch den Bund. 2019 ist mit Mitteln zu rechnen.

Gemäss Regierungsrichtlinien 2016-20 soll die Kompetenz für Bauten ausserhalb der Bauzone künftig ganz an den Kanton gehen (was heute faktisch schon weitgehend der Fall ist).

Die effiziente Abwicklung von Baugesuchen bleibt eine Daueraufgabe, die von der Baugesuchszentrale ernst genommen wird. Inwieweit ein Übergang zur teilweise oder vollständig elektronischen Bearbeitung weitere Verbesserungen verspricht, wird im Rahmen eines langfristigen Projekts geprüft. Vorderhand gilt es, das bestehende System zu optimieren und eine möglichst bürgernahe Kommunikation, gerade auch beim Vermitteln negativer Entscheide, zu pflegen.

6210-6224 Hochbauamt

Seit Austritt des früheren Kantonsbaumeisters (2014) und Eintritt des heutigen Amtschefs (2015) wurden sukzessive gewisse Reorganisationen vollzogen, die effiziente Arbeit und geordnete Prozesse versprechen und auf eine Verschiebung von Aufgaben reagieren. Hierzu zählt vor allem der Wegfall von Aufgaben in Zusammenhang mit den an die Thurmed-Gruppe übertragenen Spitalbauten sowie die nun vollständige Übernahme der bisher im DFS angesiedelten Liegenschaftenverwaltung. Die Thurmed Immobilien AG (TIAG) scheint vorderhand noch auf einen gewissen Support durch das Hochbauamt angewiesen.

Die Frage nach dem Sinn von Labels auf dem Weg zur Energieeffizienz bleibt aktuell; namentlich mit Blick auf den Neubau der Pädagogischen Hochschule, für die alternativ zur vorgeschriebenen Minergie-P-Lösung eine Lösung nach Minergie A geprüft wird.

In absehbarer Zeit soll der GFK anhand konkreter Beispiele aufgezeigt werden, welchen Verlauf ein Bauprojekt von der Bedürfnisanalyse über die Planung bis zur Realisierung nimmt. Dies auch, um deutlicher zu machen, welche Einflussmöglichkeiten in welchen Phasen bestehen.

6310-6377 Tiefbauamt

Das Amt hat kürzlich neue Räumlichkeiten (Liegenschaft Multiplex) bezogen, was mehr Platz, aber auch längere Wege zu anderen Ämtern sowie weniger helle Arbeitsplätze mit sich bringt.

Als grösstes Amt im Departement ist das Tiefbauamt in besonderem Mass auf klar geregelte Strukturen und Prozesse angewiesen. Diese scheinen geordnet und zugleich praxistauglich etabliert.

Da unser Kanton mit rund 800 km ein vergleichsweise grosses Strassennetz hat (beim deutlich grösseren Kanton St.Gallen sind es 600 km), wird geprüft, wieviel Strassen auf lange Sicht im Besitz des Kantons Sinn machen.

Bei Arbeitsvergaben darf eine gute Streuung innerhalb des Kantons bei gleichzeitig konsequenter Anwendung der gültigen Regeln festgestellt werden.

Das generelle Projekt für die erste Etappe der Bodensee-Thurtal-Strasse (BTS) ist fertiggestellt, die weiteren Etappen bis Bonau sowie die Übergabe an den Bund sollen bis 2018 folgen.

5/5

6410 Amt für Denkmalpflege

Der zunehmende Druck auf unsere Siedlungen fordert die Denkmalpflege. Früher eher Expertengremium für wenige historische Bauten, ist sie heute zunehmend Beratungs- aber auch Bewilligungsfachstelle für eine grosse Zahl von Bauwilligen, die zu recht neben Fachkompetenz auch Bürgernähe, faire und effiziente Abläufe erwarten. Die damit verbundene Herausforderung ist im Amt erkannt und in organisatorische Anpassungen eingeflossen. Die Gratwanderung zwischen kultureller Verantwortung und zeitgemäßem Dienstleistungsbetrieb dürfte das Amt auch in den nächsten Jahren in besonderem Mass fordern.

6510-6530 Amt für Umwelt

Das Amt für Umwelt wurde zuletzt 2016, diesen Frühling aber nicht besucht.

Von der Einrichtung eines Umwelt-Baustellen-Inspektorats wird vorderhand abgesehen. Alternativ wird, in Absprache mit Gemeinden und Baumeisterverband, ein Kursangebot für Gemeinden erarbeitet

6610-6620 Forstamt

Die sich in den letzten Jahren abzeichnende ungenügende Rentabilität der heimischen Forstwirtschaft fordert den Kanton; sowohl in der Sorge um den eigenen Staatswald, der einen bescheidenen Teil des Thurgauer Walds ausmacht, als auch in der Sorge um alle anderen öffentlichen und privaten Waldbesitzer, die derzeit ihren Aufwand nur mit Mühe durch hinreichende Erträge decken können. Inwieweit vermehrte Förderung des heimischen Holzabsatzes oder neue Einnahmequellen (etwa seitens von Sportlern und Erholungssuchenden) Abhilfe verspricht, wird derzeit geprüft.

Bei Überarbeitung der Regionalen Waldpläne wird auf eine Reduktion des Aufwands bei gleichzeitiger Mitwirkung der Öffentlichkeit geachtet.

Ermatingen, 16. Juni 2017

Der Subkommissionspräsident
Peter Dransfeld, Ermatingen